



ASIEN/INDIEN - Christen: für das Wohlergehen des Landes muss die neue Regierung die Aktivitäten extremistischer Hindus einschränken

New Delhi (Fides) – Zum Sieg seiner nationalistischen Hindu-Partei “Bharatiya Janata Party” (BJP), erklärte der voraussichtliche künftige Ministerpräsident und Parteichef Narendra Modi, er werde sich für “eine neue Ära für ein Indien, frei von Korruption und gestärkt durch einem wirtschaftlichen Aufschwung“ einsetzen. Gleichwohl forderte Modi die indische Bevölkerung zur Einheit auf: “Wir müssen dem Volk den Vorrang vor der Politik geben, wir werden Hoffnung über Verzweiflung, Heilung über die Krankzeit, Inklusion über Ausschluss und Entwicklung über Spaltung siegen lassen”.

Der “Global Council of Indian Christians” (GCIC), indem sich die verschiedenen christlichen Konfessionen des Landes zusammenschließen, hält unterdessen die Einheit des Landes nur für möglich, wenn die Regierung die Aktivitäten extremistischer Hindus einschränkt: “Denn”, so die Organisation, “die hinduistische Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) hat bereits erklärt, dass sie von der Regierung Modi, eine Abschaffung des Artikels 370 der Verfassung erwarte (der die Autonomie des Staates Jammu&Kashmir, Anm. d. Red); und in dem sowohl von Hindus als auch von Muslimen beanspruchten Ayodhya soll ein hinduistischer Tempel gebaut werden; zudem soll ein einheitliches Bürgerrecht verabschiedet werden (während bisher bei Gesetzen zu Ehe, Erbfolge, etc., die Religionszugehörigkeit berücksichtigt wurde, Anm. d. Red.)”.

“Diese Erklärungen”, so der GCIC, “bereiten uns Sorge, was die Zukunft anbelangt und sie untergraben das Vertrauen der Bevölkerung. Indien ist ein verantwortungsbewusstes, demokratisches Land, das Minderheiten Respektiert. Indien hat ein enormes Potential, was das Wachstum und die Einflussnahmen in der Welt anbelangt. Diese Rhetorik führt zu Spaltung und lenkt das Land von seinem Weg des Wachstums und der Entwicklung ab”. In diesem Sinne wünschen sich Christen von der kommenden Regierung: eine Konsolidierung der Einheit der ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede; eine Reduzierung der Kluft zwischen Reichen und Armen; den Schutz der Rechte der Dalit und anderer Minderheiten; die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Dazu, so der GCIC abschließend, brauche man Politiker die sich durch “Weitsicht, Transparenz und ein edles und reines Herz“ auszeichnen. (PA) (Fides 16/5/2014)